

Medienmitteilung 3/2014

Thema	Vernehmlassung Leistungsanalyse
Rückfragen	Barbara Portmann, Grossrätin, Tel. 079 716 68 35, Mail: barbara.portmann@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau E-Mail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	12.02.2014

DIE GLP AG UNTERSTÜTZT DIE LEISTUNGSANALYSE, JEDOCH KEIN RIGOROSSES SPARPAKET

Die Grünliberalen sind grundsätzlich mit der geplanten Leistungsanalyse einverstanden, einige Massnahmen stossen jedoch auf deutliche Ablehnung. Weiter zweifelt die GLP daran, ob die Auswirkungen einzelner Sparmassnahmen genügend auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft wurden.

Regelmässige Überprüfungen von Aufgaben, Einnahmen, Kostendeckung, Kostensteigerungen u. ä. sind aus Sicht der GLP nötig. Von diesem Grundsatz her wird ein Projekt Leistungsanalyse, welches diesen Namen verdient, begrüsst. Wo die geplanten Massnahmen jedoch übergeordneten Zielen zuwiderlaufen oder schon im Voraus höhere Folgekosten erwarten lassen, soll darauf verzichtet werden. Insbesondere wo durch die Reduktion der Ausgaben ein deutlicher Rückgang der Bundesbeiträge in Kauf genommen wird, stellt sich für die Grünliberalen die Frage nach der Zweckmässigkeit der Kürzung.

Weiter darf aus Sicht der Grünliberalen ein strukturelles Defizit nicht nur ausgabenseitig angegangen werden. Auch die Einnahmeseite darf nicht ausser Acht gelassen werden. Für eine tragfähige Lösung braucht es alle Bestandteile: Leistungsüberprüfung, Personaldiskussion und Einnahmenerhöhung.

Die GLP erachtet die Methodik als kritisch, gerade die Schnürung eines unauftrennbaren Gesamtpaketes vermag nur aus Sicht der Regierung Vorteile bringen. Die völlige Ausblendung der Kostendeckungsfrage in den Verwaltungseinheiten lässt zudem etliche Darstellungen in der Anhörungsbotschaft unvollständig erscheinen. Insbesondere auf die geplanten Kürzungen im Bereich Ökologie muss aus Sicht der Grünliberalen verzichtet werden. Die Abschaffung der Einschulungsklassen wird ebenfalls abgelehnt.

Die Grünliberalen fordern weitere Massnahmen insbesondere in den Bereichen Informatik, Kommunikation, Militär und Bevölkerungsschutz. Sie sehen ein grosses Sparpotenzial im Bereich Hochbau und reichen deshalb einen Vorstoss am 4. März zur Schaffung einer Hochbaukommission ein (vgl. Beilage).